

Drohungen mit Kalkül

Der Kampf um die Reform der Unternehmenssteuer nimmt bizarre Formen an

Von Martin Furrer

Bern. Das Bombardement mit Zahlen nimmt kein Ende, täglich detonieren neue Geschosse; es tobt ein Kampf, wie ihn die Schweiz schon lange nicht mehr gesehen hat. Der Schweizerische Gewerkschaftsbund zum Beispiel schoss gestern scharf: «Die Unternehmenssteuerreform III belastet jeden Haushalt mit mindestens tausend Franken pro Jahr.»

Es war die vorläufig letzte Schreckensmeldung zu einer Reform, die als «eine der bedeutendsten wirtschaftspolitischen Vorlagen der letzten Jahrzehnte» gilt. So zumindest formulierte es Fabian Baumer, Chef Steuerpolitik bei der Eidgenössischen Steuerverwaltung, kürzlich im *Tages-Anzeiger*.

Die Gegner des Vorhabens, allen voran die Referendumsführerin SP, kritisieren seit Wochen, die «masslose» Senkung der Unternehmenssteuern bringe «nur Konzernen und Aktionären» etwas. Sie warnen: «Die Steuerausfälle werden sich auf mindestens drei Milliarden Franken belaufen.»

Um diese auszugleichen, bleibe den Gemeinden nur «die Erhöhung der Steuern für Privatpersonen oder der Abbau öffentlicher Leistungen wie Schulbildung, Strassenunterhalt und öffentliche Reinigung». Sie prognostizieren: «Die Ausfälle auf Bundesebene belaufen sich auf 1,3 Milliarden, die Verluste für die Kantons- und Gemeindebudgets machen noch einmal 1,4 Milliarden aus. Zusammen sind das satte 2,7 Milliarden – mindestens!»

Darf es ein bisschen mehr sein?

Der Gewerkschaftsbund kalkulierte gestern noch grosszügiger: «Die Ausfälle dürften sich rasch auf jährlich vier Milliarden Franken belaufen.» Da zeigte sich die SP geradezu von einer bescheidenen Seite, als sie in einer Mitteilung bloss von «mindestens zwei Milliarden» sprach.

Zwei Milliarden, drei Milliarden, vier Milliarden – oder darf es ein bisschen mehr sein? Der Abstimmungskampf, er nimmt bizarre Formen an. Dabei hatte Serge Gaillard, Direktor der Eidgenössischen Finanzverwaltung, schon im Herbst 2016 bekannt, die Folgen seien kaum abschätzbar:



Glaubenskrieg. Gegner und Befürworter der Steuerreform schüren mit Katastrophenszenarien Verunsicherung bei den Stimmbürgern. Foto Keystone

«Niemand kann genau sagen, was die Reform kosten wird.»

Nicht nur die Linke verbreitet munter Drohungen mit dem Kalkül, der Bürger werde bei der Abstimmung am 12. Februar im Zweifel ein Nein in die Urne legen. Auch die Befürworter betreiben eine Angst-Kampagne.

SVP-Finanzminister Ueli Maurer erhob in der *Schweiz am Sonntag* den Mahnfinger: «Bei einem Nein am 12. Februar gleise ich am nächsten Tag ein Sparprogramm über mehrere Milliarden Franken für die nächsten vier bis acht Jahre auf.» Und alt SVP-Bundesrat Christoph Blocher rechnete der Nation

vergangene Woche auf *Teleblocher* vor, wenn Unternehmen nach einem Nein aus der Schweiz abzögen, «verlieren wir fünf Milliarden Steuereinnahmen für den Bund und zwei bis drei Milliarden Steuersubstrat in den Kantonen, das macht dann acht Milliarden Franken».

Wem soll man vertrauen?

Kurz darauf stellte die BAK Basel Economics AG eine Studie vor, in der sie zum Schluss kam: «Ein Scheitern der Unternehmenssteuerreform hätte gravierendere Folgen als angenommen. Auch bei den Sozialversicherungen drohen Einnahmenverluste von über fünf Milliarden Franken.»

Der Stimmbürger, von Schwindel ergriffen ob der linken und rechten Rechnereien, könnte zum Schluss kommen: Da draussen herrscht Krieg, ein Krieg der Zahlen – ein Glaubenskrieg. Welcher Seite soll man vertrauen?

Die Reformgegner reden von «unkalkulierbaren Milliardenausfällen» – ein Widerspruch in sich. Entweder sind die Folgen der Reform gänzlich unkalkulierbar. Oder sie belaufen sich auf einige Milliarden Franken Verlust (von den Arbeitsplätzen, Sozialabgaben und Steuern, welche dank der Reform langfristig gesichert werden, sprechen die Gegner übrigens nicht).

Fakt ist: Die Konsequenzen eines Ja und eines Nein lassen sich beim besten Willen nicht exakt beziffern.

Die Rechnung ist aufgegangen

Was bleibt, ist Verunsicherung. Das ist verständlich. Die Unternehmenssteuerreform II, 2008 an der Urne mit 50,5 Prozent Ja angenommen, sollte laut Bundesrat Steuerausfälle von 933 Millionen Franken verursachen. Tatsächlich waren es mehrere Milliarden, die in den Kassen der öffentlichen Hand fehlten. Doch am Ende zahlte sich das Vorhaben aus. Es wurden ausländische Firmen ins Land gelockt, die hier Steuern zahlen und neue Jobs schaffen.

Unterm Strich wuchsen die Steuereinnahmen seither schneller als das Bruttoinlandsprodukt, rechnete die *Finanz und Wirtschaft* kürzlich vor. Der Wirtschaftsstandort Schweiz stand gestärkt da. Am Ende ist die Rechnung also aufgegangen – für die Wirtschaft, aber auch für den Staat.

Nachruf

Trauer um Daniel Vischer



Der ehemalige Zürcher Nationalrat Daniel Vischer (Grüne) ist tot. Der 67-Jährige erlag am Dienstag, zwei Tage nach seinem Geburtstag, einer schweren Krank-

heit. Der Vollblutpolitiker und Anwalt stand während Jahrzehnten auf der politischen Bühne.

Er kam am 16. Januar 1950 in Basel als ältestes von drei Kindern zur Welt. Sein Vater war Jurist und Rektor der Universität Basel, seine Mutter Krankenschwester. Beide Elternteile stammten aus dem Daig. Politisiert hat Vischer von Jugend an – er stieg bei den Progressiven Organisationen der Schweiz (Poch) ein. 1973 wurde er ins Zentralsekretariat der Partei berufen. Im gleichen Jahr zog er von Basel nach Zürich und widmete sich in den nächsten Jahren hauptberuflich der Politik.

Im Jahre 1983 wurde er in den Zürcher Kantonsrat gewählt. Nach Auflösung der Poch wechselte er 1990 zu den Grünen und war von 1999 an Chef der grünen Kantonsratsfraktion. Von 2000 bis 2005 engagierte er sich als Verfassungsrat für die neue Zürcher Kantonsverfassung.

Nach 20 Jahren im Kantonsrat gelang ihm 2003 der Sprung nach Bern. Zwar nicht ins Stöckli, wie der mittlerweile 53-Jährige beabsichtigt hatte, aber komfortabel in die grosse Kammer.

Kein Hinterbänkler

Sowohl im Kantonsrat als auch im Nationalrat war Vischer weit entfernt davon, ein Hinterbänkler zu sein. Seine leidenschaftliche Debattierlust, seine Scharfzüngigkeit, seine rhetorische Brillanz und gleichzeitig seine Bereitschaft, andere Meinungen gelten zu lassen, machten ihn zum Inbegriff des engagierten, über die Parteigrenzen hinaus geschätzten Parlamentariers.

Auch Regula Rytz, Präsidentin der Grünen Schweiz, bezeichnete Vischer als eine der «markantesten und prägendsten Figuren», wie sie am Donnerstag auf Anfrage der Nachrichtenagentur SDA sagte. Der eigenwillige liberale Querdenker sei allseits geschätzt worden.

Gemäss Rytz hat er sich insbesondere für die Modernisierung des Familienrechts eingesetzt, insbesondere für die Stärkung der Vaterrolle. Zudem habe er profunde Kenntnisse in der Finanzpolitik besessen. Er habe immer wieder den Abbau von Steuern kritisiert. Dadurch würden dem Staat wichtige Mittel entzogen – beispielsweise für die Bildung.

Einem breiten Publikum bekannt wurde Daniel Vischer im Zusammenhang mit dem Untergang der Swissair: Seit 1993 Präsident der Gewerkschaft VPOD Luftverkehr, vertrat er mit Entschlossenheit die Anliegen der betroffenen Arbeitnehmerschaft.

Bis 2015 war Vischer im Nationalrat tätig, unter anderem als Präsident der Rechtskommission. Danach verzichtete er darauf, noch einmal bei den eidgenössischen Wahlen anzutreten – wenn auch nicht ganz freiwillig: Weder seine Gesundheit noch das erreichte Rentenalter hatten ihn zu diesem Entschluss bewogen, sondern drohende parteinterne Querelen.

Schauspieltalent

Ob als Parlamentarier oder als Gewerkschafter: Vischer genoss seine Auftritte jeweils sichtlich. Ihm war durchaus ein gewisses schauspielerisches Talent eigen. Nicht zufällig hatte es ihn ans Theater gezogen, nachdem er 1970 in Basel seine A-Matur absolviert hatte. Er arbeitete als Regieassistent und liebäugelte vorübergehend gar mit einer Theaterkarriere, bevor er den Weg in die Politik einschlug. Erst im Alter von 29 Jahren begann Vischer ein Jurastudium, erwarb 1987 das Anwaltspatent.

Fortan war er neben der Politik als Rechtsanwalt tätig, auch noch nach seinem Rücktritt als Nationalrat. Der Vater von zwei erwachsenen Kindern lebte mit seiner Frau in Zürich. SDA

SVP reicht Referendum gegen Energiestrategie ein

Die Gegner sammelten 68'500 Unterschriften – die Abstimmung ist für den kommenden Mai vorgesehen

Bern. Die SVP und weitere Gegner der Energiestrategie 2050 haben gestern die Unterschriften zum Referendum eingereicht. Laut Komitee kamen über 68'500 beglaubigte Unterschriften zusammen. Die Abstimmung findet am 21. Mai statt. Hauptargument der SVP sind die längerfristigen Kosten der Strategie. Diese schlage mit rund 200 Milliarden Franken zu Buche, sagte Präsident Albert Rösti vor den Medien. Umgerechnet auf einen Haushalt mit vier Personen seien das jährlich 3200 Franken. Diese Zahl weicht stark von den Angaben des Bundes ab, der mit jährlichen Mehrkosten von rund 40 Franken rechnet.

Noch nicht beschlossen

Die Differenz kommt dadurch zustande, dass die SVP im Gegensatz zum Bund nicht nur das erste Massnahmenpaket zur Energiestrategie einrechnet. Sie berücksichtigt auch die zweite Etappe, für die der Bundesrat Lenkungsabgaben vorschlägt. Es wird allerdings erwartet, dass die Räte die Vorlage an den Bundesrat zurückweisen. Für die SVP ändert das aber nichts, wie Rösti sagte. Um die im Energiegesetz verankerten Ziele zu erreichen, seien Massnahmen nötig. Diese kosteten – wie auch immer sie finanziert würden.

Das System, das der Bundesrat vorschlägt, soll insgesamt kostenneutral sein, da es die vollständige Rückverteilung der erhobenen Lenkungsabgaben an Wirtschaft und Bevölkerung vorsieht. In seiner Antwort auf eine Frage aus dem Nationalrat betonte der Bundesrat aber, dass sich das Referendum nur auf das erste Massnahmenpaket

beziehen könne. Dieses beinhaltet den langfristigen Atomausstieg: Im Energiegesetz soll verankert werden, dass der Bau neuer Atomkraftwerke verboten ist. Ein Teil des Atomstroms soll durch Strom aus erneuerbaren Energien ersetzt werden. Dazu würden im Gesetz Richtwerte festgelegt. Im Jahr 2035 soll die durchschnittliche Jahresproduktion von Strom aus erneuerbaren Energien ohne Wasserkraft bei mindestens 11,4 Terawattstunden liegen. Das wäre etwa halb so viel, wie die Schweizer AKW heute produzieren.

Das Parlament hat beschlossen, die Förderung erneuerbarer Energien zeitlich zu befristen. Die Sunset-Klausel legt fest, dass ab dem sechsten Jahr nach Inkrafttreten des Gesetzes keine

neuen Anlagen mehr ins Fördersystem aufgenommen werden. 2031 sollen auch Einmalvergütungen und Investitionsbeiträge gestoppt werden.

Neben der Förderung ist mehr Energieeffizienz angesagt: Der Energieverbrauch pro Person und Jahr soll bis 2035 um 43 Prozent sinken, der Stromverbrauch um 13 Prozent.

Junge für Energiestrategie

Die Gegner befürchten hier längerfristig hohe Kosten. Angesichts des Bevölkerungswachstums müsste der Energieverbrauch bis 2035 praktisch halbiert werden, sagte Rösti. Das verursache Riesenkosten. Die SVP warnt vor einem Verbot von Ölheizungen. Auch das Autofahren werde massiv verteuert.



«Das verursacht Riesenkosten.» SVP-Präsident Albert Rösti hält die Sparziele des Bundes für übertrieben und warnt vor den Folgen. Foto Keystone

Nicht thematisiert hat die Partei gestern Alternativen zur Energiestrategie. Die Schweiz habe heute eine bezahlbare und sichere Energieversorgung, hielt sie fest. An der Unterschriftensammlung beteiligte sich Alliance Energie. Laut ihr würde ein Ja zum revidierten Energiegesetz der Schweiz «schwer schaden». Im Referendumskomitee sitzen zudem Vertreter von FDP und CVP.

Eine Allianz aus Jungparteien bekämpft das Referendum. Für die Energiewende gebe es keinen Plan B, teilte sie gestern mit. Den Gegnern wolle man die Stimme der am stärksten Betroffenen entgegensetzen: die der jungen Generation. Im Komitee sind die Jungparteien von GLP, Grünen, CVP, BDP sowie die Juso. SDA

Initiative scheiterte an ehrgeizigem Zeitplan

Bern. Die Voto-Analyse zur Abstimmung über die Atomausstiegs-Initiative zeigt, dass drei Viertel der Stimmbürger eine Schweiz ohne Atomkraftwerke möchten. Dennoch fiel die Atomausstiegs-Initiative im November durch, weil der Zeitplan für den Ausstieg zu ehrgeizig war. Das fanden 82 Prozent der Nein-Stimmenden. Für die Analyse wurden 1578 stimmberechtigte Personen befragt. Auffallend viele Frauen und Junge blieben der Urne fern. Ihre Stimmbeteiligung lag bei 40 respektive 31 Prozent. Die Studie erstellt hat die Stiftung für die Forschung in den Sozialwissenschaften (Fors) in Zusammenarbeit mit dem Zentrum für Demokratie Aarau. SDA